

ANFRAGE

des Abgeordneten Dr. Markus Tschank
an den Bundesminister für Wohnen, Kunst, Kultur, Medien und Sport
betreffend **Geplante Mietenexplosion im gemeinnützigen Wohnbau?**

Der gemeinnützige Wohnbau ist die zentrale Säule der leistbaren Wohnversorgung in Österreich. Die FPÖ bekennt sich ausdrücklich zur Wohnungsgemeinnützigkeit, die allerdings aktuell durch die Bundesregierung aus ÖVP, SPÖ und NEOS massiv gefährdet wird. Das Immobilienportal A3 Bau zitiert einen Regierungsverhandler der NEOS. Dieser spricht sich offiziell für eine dramatische Mieterhöhung im Bereich ausfinanzierter Genossenschaftswohnungen aus: Von ca. sieben Euro pro Quadratmeter und Monat auf bis zu neun Euro.¹ Für eine 65-Quadratmeter-Wohnung würde dies letztlich eine jährliche Mehrbelastung von 1.560 Euro bedeuten. Allein ca. 110.000 Wiener Genossenschaftswohnungen² und damit bei durchschnittlicher Belegung³ wären ca. 200.000 Wiener vom daraus resultierenden Mietenexzess betroffen. Über den Wiener Bestand gerechnet eine kumulierte Belastungslawine von jährlich mehr als 170 Millionen Euro. Österreichweit wären mehr als 270.000 ausfinanzierte Wohnungen betroffen.²

Dies wird in einer Phase geplant, in der die ÖVP-nahe Genossenschaftsfraktion ARGE Eigenheim verlautbart, dass die Armutsgefährdung durch Wohnen auf Rekordniveau rangiert.⁴ Gleichzeitig plädiert allerdings auch die ARGE Eigenheim für eine entsprechende Steigerung der Mieten im gemeinnützigen Wohnbau.⁵

Den Hintergrund bildet die Forderung nach einer dramatischen Erhöhung des gemeinnützigen Erhaltungs- und Verbesserungsbeitrages. Dieser wurde über Jahre gesetzlich eingefroren – und soll in Zukunft offenbar überdimensional ausgeweitet werden. Die FPÖ fordert in diesem Zusammenhang seit Langem, gemeinnützigen Bauvereinigungen die Mindereinnahmen infolge mietrechtlicher Inflationslinderungsgesetze aus Bundesmitteln zu ersetzen. Jetzt soll die Problematik nach dem Willen der Bundesregierung offenbar unmittelbar zulasten der regelmäßig sozial schwächeren Bewohnerschaft gelöst werden.

¹ <https://a3bau.at/wohnrechtsreform-die-rote-linie-heisst-richtwert> (aufgerufen am 29.09.2026)

² <https://cms.gbv.at/DE/repos/files/GBV/Intranet%5fdownloads/PDF/Verbandsstatistik/GBV%20Verbandsstatistik%5f2025%2epdf?exp=86662&fps=79354e209efb2155ba42104e481b759f48fb7240> , S. 13 (aufgerufen am 29.09.2026)

³ https://www.statistik.at/fileadmin/publications/Wohnen_2024_Web-barrierefrei.pdf , S. 31 (aufgerufen am 29.09.2026)

⁴ <https://argeeigenheim.at/newsletter-5-2026/#armutsgefaehrdung> (aufgerufen am 29.09.2026)

⁵ <https://argeeigenheim.at/pressekonferenz-september-2026/> (aufgerufen am 29.09.2026)

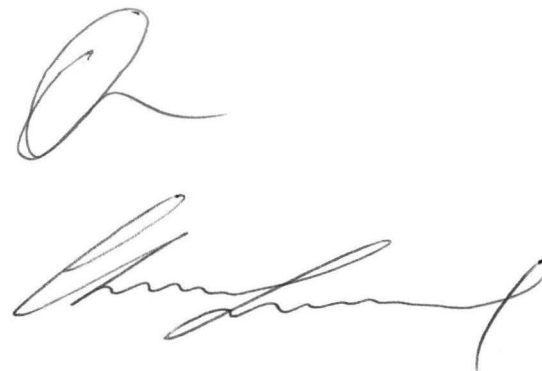
In diesem Zusammenhang richtet der unterfertigte Abgeordnete an den Bundesminister für Wohnen, Kunst, Kultur, Medien und Sport nachstehende

Anfrage

1. Wie stehen Sie zur seitens der NEOS angeregten, maßlosen Erhöhung des Erhaltungs- und Verbesserungsbeitrages?
2. Wurden bereits entsprechende legislative Entwürfe durch das Ressort ausgearbeitet?
 - a. Wenn ja, wie lauten diese?
3. Welche Datenbasis wird einer allfälligen Erhöhung des Erhaltungs- und Verbesserungsbeitrages zugrunde gelegt?
4. Wie würde sich die dargestellte Mietenexplosion insbesondere im ausfinanzierten Segment des gemeinnützigen Wohnbaus sozialpolitisch vertreten lassen, nachdem regelmäßig sozial Schwächere diese Bestände bewohnen?
5. Welche Auswirkungen hätte die seitens der NEOS geforderte Erhöhung des Erhaltungs- und Verbesserungsbeitrages auf die Wohnbauförderungsbudgets der Länder infolge gesteigerten Bedarfes an Subjektförderung?
 - a. Wurden die Länder in diesem Zusammenhang bereits konsultiert?



Schöberl



Schöberl

	Unterzeichner	Parlamentsdirektion
	Datum/Zeit-UTC	2026-10-05T15:30:37+02:00
Prüfinformation	Dieses Dokument wurde elektronisch besiegelt. Informationen zur Prüfung des elektronischen Siegels und des Ausdrucks finden Sie unter: https://www.parlament.gv.at/siegel	